

Die Beamtenbewegung.

Steuerungszulagen und politische Wünsche.

Die Vertreter der Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände, der 60 Beamtenverbände mit 600 000 Mitgliedern körperlich angeschlossen sind, saßen auf einer Sondertagung in Berlin am 12. Februar, nach Berichten des Vorstehenden Kemmers und des Landtagsabgeordneten Delius, einen Beschluß, der als Mindestmaß folgende Neuregelung der Steuerungszulagen vorschlägt:

1. Den verheirateten Beamten der Tarifklassen VI und IV werden künftig monatlich 60 M. und den Beamten der Tarifklasse V monatlich 70 M. an Kriegsteuerzulage gewährt. Für jedes zu berücksichtigende Kind tritt ein Zuschlag von 10 v. H. des Grundbetrages der Steuerungszulage hinzu.

2. Die Erhöhung der Zulagen erfolgt gleichmäßig für die Beamten an allen Orten, da die Nothlage der Beamten eine allgemeine und ein wirklich gerechter Maßstab für etwaige Steuerungsunterschiede der einzelnen Orte nicht gefunden werden kann.

3. Mit Rücksicht auf die bereits im weitem Umfange zu beklagende Verschuldung des Beamtentums wäre die Erhöhung der laufenden Kriegsteuerzulage mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1918 erwünscht.

4. Die ledigen Beamten sind mit den kinderlos verheirateten Beamten gleich zu stellen, da der bestehende Einheitsatz von 300 M. sich als durchaus unzureichend erwiesen hat.

5. Die Pensionfähigkeit eines angemessenen Teiles des Grundbetrages der Kriegsteuerzulagen erscheint mit Rücksicht auf die in den Ruhestand übertretenden Beamten gerechtfertigt.

6. Den Ruhegehaltsempfängern und Beamtenhinterbliebenen sind anstatt 80 v. H. mindestens 60 v. H. der den Beamten im Dienst zustehenden Kriegszulagen zuzubilligen. Von der zulässigen Bewilligung der höheren Prozentsätze muß in größerem Umfange Gebrauch gemacht werden als bisher.

Wünsche der Eisenbahner.

Wie uns aus Stettin berichtet wird, hat der Bezirk Stettin des Bundes der Beamten der preussisch-hessischen Staats- und der Reichseisenbahnen in einer großen Versammlung, an der sich auch die fortschrittlichen Landtagsabgeordneten Lippmann und Defer beteiligten, als erster eine Bewegung eingeleitet, die voraussichtlich große Ausdehnung gewinnen wird. Es handelt sich um die Forderung einer umfassenden staatlichen Hilfsaktion.

Die Forderungen decken sich in vielen Punkten mit den oben wiedergegebenen Wünschen der „Interessengemeinschaft“. Hervorzuheben sei ferner: einmalige Entschuldungsbeihilfen an alle Beamten, eine besondere laufende Dienstaufwandentschädigung an alle Eisenbahnbeamten mit Rücksicht auf die Eigenart des Eisenbahndienstes und Anrechnung der Kriegsjahre als Doppeljahre.

In staatsbürgerlicher Hinsicht haben die Eisenbahnbeamten folgende Wünsche: 1. Vertretung im Herrenhaus, falls dieses auf berufständischer Grundlage aufgebaut wird. 2. Schaffung eines zeitgemäßen Beamtenrechts. 3. Schaffung von Beamtenkammern und Beamtenausschüssen.